

**Hauptausschuß**

# **Protokoll**

8. Sitzung (nicht öffentlich)

17. Januar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 bis 15.10 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Grätz (SPD)

Stenograph: Schrader

## **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

### **1 Aktuelle Viertelstunde**

2

Auf Antrag der CDU-Fraktion befaßt sich der Ausschuß mit der Frage der Vertretung des Landtags in den Gremien der Filmstiftung.

Hauptausschuß

17.01.1991

8. Sitzung

sr-ma

Seite

**2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991 ( Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/800

Vorlage 11/231

a) Einzelplan 01 - Landtag

7

Vorlagen 11/204, 11/293

b) Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei

20

Vorlage 11/238

c) Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten

50

In einem ersten Beratungsdurchgang behandelt der Ausschuß die obengenannten Einzelpläne.

**3 Rahmen-Staatsvertrag zwischen Nordrhein-Westfalen und Brandenburg**

52

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 11/810

Vorlagen 11/175, 11/233

Der Ausschuß ist sich über die Notwendigkeit einig, die Zusammenarbeit zwischen den Landtagen von Brandenburg und Nordrhein-Westfalen zu institutionalisieren.

-----

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

**2. Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalens für das Haushaltsjahr 1991 (Haushaltsgesetz 1991)**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 11/800

Vorlage 11/231

**a) Einzelplan 01 - Landtag**

Vorlagen 11/204, 11/293

Dazu trägt **Landtagspräsidentin Friebe** vor:

Ihnen liegt ein Haushaltsplanentwurf vor, der, zusammen mit der Ihnen zugesandten Ergänzungsvorlage 11/293, ein Ausgabenvolumen von etwa 138 Millionen DM umfaßt. In der Ergänzungsvorlage finden Sie erstmals auch einige allgemeine Anmerkungen zu unserem Einzelplan. Ich möchte mich daher in meinen mündlichen Ausführungen auf die wesentlichen Punkte beschränken.

Zunächst möchte ich betonen, daß der Anteil des Landtagsetats am Landeshaushalt weniger als 2 Promille ausmacht.

Interessant ist die Ausgabenstruktur des Landtags: Auf die Leistungen an Abgeordnete, deren Mitarbeiter, ehemalige Abgeordnete und die Personalkosten der Landtagsverwaltung - das ist die Hauptgruppe 4 - entfallen rund 77 Millionen DM, auf die sächlichen Verwaltungsausgaben etwa 24 Millionen DM, auf Zuweisungen und Zuschüsse gut 22 Millionen DM und auf Investitionen 15 Millionen DM.

Im wesentlichen unverändert ist das Gesamtvolumen bei den sächlichen Verwaltungsausgaben des Parlaments. Die Verschiebungen sind nur geringfügig. Von den 22 Ansätzen überschreiten 9 die Millionengrenze. Den größten Posten machen die Betriebsausgaben für das Landtagsgebäude mit knapp 5 Millionen DM aus, gefolgt von den Ausgaben für die Wirtschaftsbetriebe mit 2,3 Millionen DM, denen aber voraussichtliche Einnahmen in Höhe von 1,5 Millionen DM gegenüberstehen.

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Bei den Zuweisungen und Zuschüssen machen drei der sechs Titel über 99 % der Ausgaben aus. Etwa die Hälfte davon entfällt auf die Fraktionszuschüsse. Sie wurden, bedingt durch die vierte Fraktion und weitere Überhangmandate, um 2,4 Millionen DM angehoben.

Neben dem Sach- und Investitionshaushalt möchte ich noch den Personalhaushalt der Landtagsverwaltung ansprechen. Vorgesehen sind fünf neue Planstellen, davon zwei für das Referat I.5 - Europaangelegenheiten -, zwei für die Datenverarbeitung und eine für das Aufgabengebiet Gutachterdienst/Haushalt. Weiterhin sieht der Haushaltsplanentwurf vier neue Angestelltenstellen vor. Davon sind zwei Stellen für die Dokumentation, eine Stelle für den Infostand im Eingangsbereich sowie eine Stelle für eine Nachwuchssekretärin eingeplant.

Schließlich möchte ich noch kurz auf die Ergänzungsvorlage eingehen. Sie sieht drei weitere Planstellen vor, nämlich eine für Personalangelegenheiten der Mitarbeiter von Abgeordneten - Sie wissen, daß wir hier zu einer Erhöhung gekommen sind; deshalb schließen jetzt viele Abgeordnete mehrere Verträge ab, was mehr Arbeit auf diesem Gebiet zur Folge hat -, eine für Petitionssachbearbeitung - ein Mitarbeiter des Petitionsreferats, der Vorsitzender des Personalrats ist, hat um Freistellung gebeten; deshalb müssen wir hier ausweisen - und eine für Hausverwaltung.

Ferner beinhaltet die Vorlage die Haushaltsmittel zu den fünf kürzlich für das Partnerland Brandenburg eingerichteten Stellen.

Weiterhin sollen an sieben Stellen für Mitarbeiter, die beim Landtag beschäftigt, aber bei den Fraktionen tätig sind, kw-Vermerke ausgebracht werden. Bei Bedarf erhalten die Fraktionen dann die notwendigen Haushaltsmittel, um in demselben Umfang eigenes Personal einzustellen. Gleichzeitig werden vier Stellen angehoben, so daß nunmehr alle nach Vb/Vc BAT ausgewiesen sind.

Als nächstes komme ich auf zwei Ergänzungen, die haushaltstechnisch bedingt sind. 688 900 DM müssen 1991 noch einmal für die Förderung des Aufbaus des Parlamentarismus in den neuen Bundesländern etatisiert werden. In diesem Umfang sind die 1990 veranschlagten Mittel nicht abgeflossen. Es wurde daher ein

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Ausgabereist gebildet und nach 1991 übertragen. Zur Finanzierung dieses Ausgabe-restes ist der Ansatz bei Titel 534 10 vorgesehen.

Auch haushaltstechnisch begründet ist eine Aufstockung von 20 000 DM bei dem Ansatz für die Forschungsarbeit der Geschichte der Fraktionen. Bei der Friedrich-Ebert-Stiftung wurde 1990 ein Projekt zur Geschichte der SPD-Fraktion bewilligt. Hierfür hat der Finanzminister eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung bereitgestellt, von der 120 000 DM auf 1991 entfallen. Da nur 100 000 DM im Haushalt vorgesehen waren, muß der Ansatz entsprechend aufgestockt werden. Falls in diesem Jahr mit weiteren Zuschußanträgen zu rechnen ist, müßte entschieden werden, ob im Einzelfall Mittel durch das Finanzministerium bereitgestellt werden sollen oder ob der Ansatz nochmals erhöht wird. Bei einer Etatisierung im Haushaltsplan wären weitere Haushaltsmittel und gegebenenfalls auch eine Verpflichtungsermächtigung für folgende Jahre notwendig. Ich bitte diese Überlegungen in Ihre Beratungen einzubeziehen.

Die letzte Position der Ihnen zugegangenen Vorlage betrifft den Ansatz für die Beschaffung von Geräten, darunter auch der Bürokommunikation. 1990 ist ein erheblicher Betrag, nämlich rund 11 Millionen DM Rest aus 1989, nicht abgeflossen. Dieser Betrag ist mit dem Jahresabschluß entfallen. Er muß in Höhe von 3,9 Millionen DM neu etatisiert werden. Vorgesehen ist mit diesen Mittel die Ausstattung der Abgeordnetenbüros mit PCs und Zubehör.

**Direktor beim Landtag Große-Sender** merkt an, im Unterausschuß "Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit" sei gestern beschlossen worden, in diesem Jahr ein Europaforum durchzuführen. Von daher werde vorgeschlagen, den Ansatz von Tit. 541 40 - Für besondere Veranstaltungen des Landtags - um 150 000 DM auf 700 000 DM zu erhöhen. 500 000 DM seien für die Europa-Veranstaltung vorgesehen. Nach den ursprünglichen Planungen habe dafür 1 Million DM zur Verfügung gestanden; nunmehr sei von einem neuen Konzept die Rede. Exakte Zahlen könnten noch nicht genannt werden, weil Details noch besprochen werden müßten.

**Personalhaushalt**

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** stellt fest, selbstverständlich müsse eine Ersatzstelle für einen freigestellten Personalratsvorsitzenden geschaffen werden. Die Stelle solle im Petitionsreferat angesiedelt werden, aus der der Personalratsvorsitzende derzeit komme. Nach der nächsten Personalratswahl aber könne der Personalratsvorsitzende aus einem anderen Bereich stammen, mit der Folge, daß dort wieder eine Stelle geschaffen werde. Das veranlasse ihn zu der Frage, ob gewährleistet sei, daß dies nicht zu einer Aufblähung des Stellenhaushalts auf lange Sicht führe, zumal es sich bei der beantragten Stelle um eine Beamtenstelle handle.

Auch in der Vergangenheit habe es schon Freistellungen dieser Art gegeben, antwortet **Direktor beim Landtag Große-Sender**. Dabei habe sich gezeigt, daß die Verwaltung dies nicht zu einer Aufblähung des Personalhaushalts genutzt habe. Würde man die zur Diskussion stehende Stelle mit einem kw-Vermerk versehen, sei zu befürchten, daß sich kaum ein qualifizierter Bewerber finde. Sollte nach der nächsten Personalratswahl ein anderer Vorsitzender um eine Freistellung nachsuchen, sei eine interne Umschichtung vorgesehen.

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** entgegnet, das vom Direktor vorgebrachte Argument überzeuge ihn nicht ganz; denn aus dem Ausschreibungstext für eine Stelle gehe doch nicht hervor, ob es sich um eine kw-Stelle handle. Er hielte es für logischer, eine Stelle für einen freigestellten Personalratsvorsitzenden generell auszubringen, mit der bei Bedarf jongliert werden könne.

**Direktor beim Landtag Große-Sender** sagt zu, mit dem Finanzminister Überlegungen anzustellen, wie entsprechend verfahren werden könne. Weil der Landtag einen relativ kleinen Haushalt habe, seien bisher Stellen jeweils für die Bereiche beantragt worden, in denen sie auch benötigt würden. Er gebe Abgeordneten Dr. Vesper aber recht, daß es wünschenswert wäre, quasi eine "Libero-Stelle" für den jeweiligen Personalratsvorsitzenden zu haben.

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

**Abgeordneter Kern (SPD)** fragt, ob inzwischen geprüft worden sei, ob der Petitionsbereich in einer eigenen Abteilung organisiert werden könne.

Entsprechende Überlegungen seien ihr vorgetragen worden - so **Landtagspräsidentin Friebe** -, seien aber noch nicht für den vorliegenden Haushaltsplanentwurf relevant.

### **Sachhaushalt**

Zu **Tit. 512 30** - Erstellung einer Schriftenreihe des Landtags - fragt der **Vorsitzende** nach vorgesehenen Projekten.

**Pressesprecher Geraedts (Landtag)** teilt mit, in diesem Jahr sei die Herausgabe eines Bandes "Frauen im Landtag von Nordrhein-Westfalen" geplant.

Bei **Tit. 534 10** - Kosten für die Förderung des Aufbaus des Parlamentarismus in den Ländern der DDR - weist der **Vorsitzende** darauf hin, daß hier eine redaktionelle Änderung erfolgen müsse.

Im Zusammenhang mit der Beratung des **Tit. 541 40** - Für besondere Veranstaltungen des Landtags - verweist **Abgeordneter Büssow (SPD)** auf die eingangs vom Direktor beim Landtag gemachten Ausführungen zu einem Europaforum. Über das Anliegen bestehe wohl Einigkeit. Der Förderalismusgedanke könne in Europa nur eingebracht werden, wenn man entsprechend wirkungsvoll auftrete. Das heiße nicht, daß 500 000 DM für das geplante Europaforum ausgegeben werden müßten. Wenn es preiswerter durchgeführt werden könne, läge dies sicherlich im Interesse des Steuerzahlers und auch des Landtags. Dennoch sollte zunächst einmal von Kosten in der genannten Größenordnung ausgegangen werden.

**Abgeordnete Hieronymi (CDU)** bittet um Auskunft, welche Veranstaltungen unter dem zur Diskussion stehenden Titel noch vorgesehen seien.

In der Tat gebe es keinen Dissens, wenn es um die Stärkung des Föderalismus in Deutschland und Europa gehe. Allerdings vertrete sie die Auffassung, daß der Hauptausschuß über die Planungen im Hinblick auf das Europaforum umfassend unterrichtet und in die Beschlußfassung dazu einbezogen werden müsse.

Im Hinblick auf das Programm des Europaforums sollte interfraktionell abgestimmt werden, was konsensfähig sei, fügt **Abgeordneter Hardt (CDU)** an.

**Abgeordneter Giltjes (CDU)** berichtet aus dem Unterausschuß "Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit", daß man sich über die Durchführung einer Europa-Veranstaltung einig gewesen sei, daß aber ausdrücklich auch von einem "Abspecken" des Programms die Rede gewesen sei.

**Abgeordneter Büsow (SPD)** bestätigt dies. In einem Gespräch des Vorsitzenden und der Fraktionssprecher des Unterausschusses mit der Präsidentin und einem Vertreter der Staatskanzlei solle das Programm auch unter dem Gesichtspunkt von Einsparungen besprochen werden. Sodann werde der Unterausschuß seinen Vorschlag selbstverständlich dem Hauptausschuß vorlegen.

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** wiederholt die von Frau Hieronymi bereits gestellte Frage, welche Veranstaltungen aus dem in Rede stehenden Titel noch finanziert würden.

Im wesentlichen gehe es dabei um die Präsidentenkonferenz, die in diesem Jahr in Nordrhein-Westfalen stattfinde, antwortet **Landtagspräsidentin Friebe**. An dieser Konferenz nähmen in diesem Jahr nicht nur die deutschen Parlamentspräsidenten, sondern auch die der deutschsprachigen Länder teil. Ferner würden aus dem Titel



Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

die Veranstaltung "Kinder im Parlament" und ein Forum zu der Frage "Plebiszitäre Elemente in der repräsentativen Demokratie" bezahlt.

Im übrigen sei Nordrhein-Westfalen in diesem Jahr federführend für die Präsidentenkonferenz. Es sei nicht ausgeschlossen, daß sich die Parlamentspräsidenten neben der obengenannten Veranstaltung weitere Male in diesem Lande träfen.

Der **Vorsitzende** faßt zusammen, bis zur nächsten Sitzung bitte der Ausschuß um eine Aufstellung der Veranstaltungen, die aus Tit. 541 40 bezahlt würden, und um eine Präzisierung des Programms für das Europaforum mit Kostenaufstellung.

Zu **Tit. 534 10** - Kosten für die Förderung des Aufbaus des Parlamentarismus in den Ländern der DDR - merkt **Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** an, im Landtag von Brandenburg gebe es auch bezüglich der Fraktionen noch erheblichen Bedarf an Know-how-Transfer, persönlichen Gesprächen usw., so daß nach seiner Auffassung der Ansatz dieses Titels einer Aufstockung bedürfe.

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** bezieht **Tit. 534 00** - Kosten für die Förderung der pol. Zusammenarbeit mit anderen Bundesländern und dem Ausland - in den von seinem Vorredner aufgegriffenen Aspekt ein und stellt bei diesem Titel ein krasses Mißverhältnis von Ist und Ansatz fest.

Der **Vorsitzende** meint, beide Positionen müßten ohnehin noch einmal interfraktionell erörtert werden.

In bezug auf den Ansatz des von Abgeordneten Dr. Vesper aufgegriffenen Titels sei man in diesem Jahr wieder zu dem Normalfall zurückgekehrt, erläutert **Direktor beim Landtag Große-Sender**. Die 2 Millionen DM, die im letzten Haushaltsjahr mehr zur Verfügung gestanden hätten, seien auf die besondere Situation vor der Einigung zurückzuführen gewesen, um bestimmte Strukturen mitaufbauen helfen zu können.

**Abgeordneter Hardt (CDU)** unterstützt die von Abgeordneten Dr. Rohde gemachten Ausführungen.

**Abgeordneten Dr. Vesper (GRÜNE)** interessiert, worum es bei Tit. 545 00 - Kosten für die technische Sicherung von Wohnungen - gehe.

**Landtagspräsidentin Friebe** erläutert, wenn ein Abgeordneter der Meinung sei, daß er besonders gefährdet sei, und der Innenminister dies bestätige, müßten bestimmte Maßnahmen eingeleitet werden. Bei diesem Ansatz gehe es um die Sicherungsmaßnahmen für einen Abgeordneten.

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** fragt zu Tit. 546 30 - Kosten für den Umzug und die Verlegung von Dienststellen -, ob hier nicht Mittel für eine eventuell vorzusehende Auslagerung von Teilen des Landtags eingestellt werden müßten.

**Direktor beim Landtag Große-Sender** antwortet, es sei ein Null-Ansatz ausgebracht worden - anstatt den Titel wegfällen zu lassen -, um flexibel reagieren zu können, sollte sich so etwas im Laufe des Jahres noch ergeben.

Die Präsidentin habe in ihrer Einführung zu Tit. 684 40 - Zuschuß für die Forschungsarbeit der bei Kapitel 02 050 Tit. 684 10 genannten Stiftungen - bereits Stellung genommen, stellt **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** fest. Es gehe um die Aufarbeitung der Geschichte der SPD-Fraktion, was ihn zu der Frage veranlasse, ob dies nicht Aufgabe der Fraktion selbst sei.

**Der Vorsitzende** bemerkt, er würde seinem Vorredner folgen, wenn die Aufarbeitung in der Regie der Fraktion erfolgte. Allerdings geschehe dies durch Ausstehende, in diesem Falle wohl überwiegend durch die Stiftungen. Da alle Fraktionen aus diesem Topf Mittel erhalten könnten, erscheine ihm das unproblematisch.

Es müsse klar sein, daß dies für alle Fraktionen gelte, **unterstreicht Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD)**.

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** fragt weiter, ob es sich um eine einmalige Ausgabe in diesem Jahr handele.

**Direktor beim Landtag Große-Sender** berichtet, es sei ein Gesamtbetrag von 350 000 DM, verteilt auf drei Jahre, in Aussicht genommen. Im übrigen habe auch eine weitere Fraktion Interesse angemeldet.

**Abgeordneten Dr. Farthmann (SPD)** liegt daran, in diesem Punkt nachher nicht mit angeblich parteipolitischen Interessen "über den Tisch gezogen" zu werden. Deshalb sollte hier offen darüber diskutiert und gefragt werden, ob es im Interesse der Öffentlichkeit richtig und verantwortbar sei, die 40jährige Geschichte der SPD-Fraktion in diesem Hause für die Zukunft zu dokumentieren, weil das Material sonst verlorenzugehen drohe.

**Abgeordneter Dr. Klose (CDU)** unterstützt das Vorhaben ausdrücklich, das auch seines Erachtens für alle politischen Kräfte im Landtag gelten müsse, weil sonst, wie von seinem Vorredner bereits ausgeführt, vieles verlorengehe und es später keine Zeitzeugen der Anfangsjahre mehr gebe. Allerdings müßte gewährleistet sein, daß ein Werk geschaffen werde, das objektiven wissenschaftlichen Maßstäben genüge. Deshalb sei es notwendig, daß die Arbeiten nicht in der Regie der Fraktionen lägen und daß sich der Landtag von Zeit zu Zeit darüber unterrichten lasse.

**Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** bestreitet nicht die Sinnhaftigkeit einer solchen Forschung. Ihm gehe es nur um die Frage, ob die Finanzierung nicht Sache der Fraktionen sei. In Kap. 02 050 Tit. 684 10, auf den sich die zur Diskussion stehende Haushaltsstelle beziehe, heiße es: "Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Wolfgang-Döring-Stiftung, der Karl-Arnold-Stiftung, der Josef-Hermann-

Dufhues-Stiftung und einer weiteren Stiftung". Die Stiftungen der GRÜNEN fänden keine Erwähnung.

**Landtagspräsidentin Friebe** erwidert, schon im letzten Jahr sei vorgesehen gewesen, die Geschichte bis 1985 zu erforschen, und bis dahin habe es keine Fraktion der GRÜNEN im nordrhein-westfälischen Landtag gegeben.

In Tit. 684 40 heiße es aber "Zuschuß für die Forschungsarbeit" und nicht "Zuschuß für Geschichtsforschungsarbeit", entgegnet **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)**. Demnach könnten damit auch andere Forschungsarbeiten finanziert werden.

Auch die Erläuterung sei rechtsverbindlich, erklärt der **Vorsitzende**. Und darin sei von "Forschungsarbeiten zur Geschichte" die Rede.

**Direktor beim Landtag Große-Sender** berichtet, der Weg über die Stiftungen sei wegen der Sicherstellung der wissenschaftlichen Begleitung gewählt worden. Der erste Antrag, den er gesehen habe, erfülle die von Abgeordneten Dr. Klose soeben genannten Kriterien. Die Fraktionen sollten auch deswegen weitgehend herausgehalten werden, weil es im allgemeinen staatsbürgerlichen Interesse liege, die Geschichte der Fraktionen für die Zukunft festzuhalten.

**Abgeordneter Hegemann (CDU)** möchte gewährleistet wissen, daß Mitglieder des Landtags, Landesbedienstete und Mitarbeiter der Fraktionen in diesem Zusammenhang nicht honoriert würden.

Das sei unter den Fraktionen so vereinbart, merkt **Direktor beim Landtag Große-Sender** an.

In bezug auf **Tit. 714 40 - Kunst am Neubau des Landtags Nordrhein-Westfalen** - erkundigt sich **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** nach der Fertigstellung des Kunstwerks vor dem Haupteingang des Landtagsgebäudes.

An dem Kunstwerk fehle noch eine Steinkante, erläutert **Direktor beim Landtag Große-Sender**. Es werde so realisiert, wie vom Künstler vorgestellt. Demnach werde auch Wasser durch die Schiene fließen. Pressemeldungen, die das anders darstellten, seien falsch.

Vor dem Fortgang der Beratungen legt der **Ausschuß** eine Schweigeminute ein, um seine Solidarität gegenüber den vom Golfkrieg betroffenen Menschen zum Ausdruck zu bringen.

Bei **Tit. 812 00 - Erwerb von Geräten, Ausstattungsgegenständen und Maschinen** - fragt **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)**, ob im Hinblick auf die EDV im Landtag weiterhin auf Philips gesetzt werden solle, zumal das Unternehmen in dieser Hinsicht wohl als Pleitenkonzern bezeichnet werden müsse.

**Direktor beim Landtag Große-Sender** legt dar, im vergangenen Haushaltsjahr habe es bei diesem Titel einen erheblichen Rest gegeben. In diesem Jahr würden alle Abgeordneten mit PCs und dem dazugehörigen Equipment ausgerüstet, sofern sie es wünschten. Dies mache den wesentlichen Teil des Ansatzes aus.

Da es sich bei der EDV im Landtag um ein offenes System handele, sei es möglich, auf alle anderen Endprodukte umzusteigen. Die Sparte von Philips, die der Landtag hauptsächlich in Anspruch nehme, befinde sich nach wie vor auf der Prioritätenliste des Unternehmens. Die Präsidentin habe darüber ein Gespräch mit dem Vorstand von Philips geführt, in dem von dem Unternehmen deutlich gemacht worden sei, daß die Systempflege und der Systemaufbau nach wie vor in dem Konzept des Unternehmens enthalten seien. In bezug auf die Hardware werde sich Philips in der Tat teilweise aus dem Markt zurückziehen. Das tangiere aber nicht den Landtag, weil es das System erlaube, flexibel auf andere Anbieter zurückzugreifen, wie man es in einigen Fällen schon getan habe. Keinesfalls dürfe man sich

verzetteln, weil das Vorhalten einer Vielzahl von Systemen größte Probleme mit sich bringe, wie es sich beim Deutschen Bundestag gezeigt habe.

Der Vorsitzende bringt seine Überzeugung zum Ausdruck, daß die Entscheidung für das installierte System einschließlich der gesicherten Offenheit richtig gewesen sei. Er wolle dies betonen, um in der Öffentlichkeit den Eindruck zu vermeiden, der Landtag habe in dieser Hinsicht eine unzulängliche Entscheidung getroffen.

Abgeordneter Büssow (SPD) kommt in diesem Zusammenhang auf die Amtsausstattung der Abgeordneten mit je einem PC und der Standortfrage zu sprechen. Nach seiner Auffassung gehöre der PC dorthin, wo der Abgeordnete arbeite, also entweder in den Landtag oder in den Wahlkreis. Wichtig schein ihm zu sein, daß in den Erläuterungen zu diesem Titel deutlich gemacht werde, daß es den Abgeordneten freigestellt sei, wo sie das Gerät einsetzten. Dabei müsse sichergestellt sein, daß es nur der Abgeordnetenarbeit und nicht anderen Zwecken diene. Voraussetzung dafür, daß der Abgeordnete seinen PC auch im Wahlkreis einsetzen könne, sei aber, daß das LAN-System des Landtags für ihn von außen anwählbar sei. Auch dies sollte in die Erläuterungen zu Tit. 812 00 aufgenommen werden. Er halte es für eine Verschwendung von Steuermitteln, wenn die Kapazitäten des Systems nicht in allen Facetten genutzt würden.

Abgeordneter Hegemann (CDU) erkundigt sich danach, ob der von seiten der SPD in diesem Ausschuß geäußerte Wunsch, auch Zugriff auf Daten der Landesregierung zu erlangen, weiterverfolgt worden sei.

Direktor beim Landtag Große-Sender erinnert daran, daß daneben auch die Bitte vorgetragen worden sei, eine Auflistung zu erhalten, über welche Datenbestände die Landesregierung verfüge. Die Verwaltung habe sich in dieser Frage an die Landesregierung gewandt; die Gespräche seien noch nicht abgeschlossen. Der Staatssekretär beim in dieser Frage federführenden Innenministerium habe ihm zugesichert, sich der Angelegenheit anzunehmen und baldmöglichst zu einem Ergebnis zu kommen.

**Abgeordneter Büssow (SPD)** äußert, die Landesregierung habe seinerzeit erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken dagegen erhoben, daß auf ihre Daten, die sich im Vollzug befänden und noch nicht abgeschlossen seien, durch Landtag und Abgeordnete Rückgriff genommen werde. Das habe der Hauptausschuß auch akzeptiert. Aber es würde schon sehr viel weiterhelfen, wenn man die Daten, die laufend veröffentlicht würden und die auch in Publikationen erschienen, abrufen könnte. Das gelte auch für Daten des LDS und des Landesarbeitsamtes. Dies alles seien öffentlich zugängliche und keinesfalls vertrauliche Daten. Demnach müßten mit den entsprechenden Behörden und Institutionen Verträge abgeschlossen werden, damit sie ihre Daten in das System des Landtags einspielen.

Wichtig für den Parlamentsbetrieb sei auch die Funktion des Mailboxsystems. Wenig sinnvoll sei die Mailbox als Inhousesystem. Deshalb müsse es so ausgebaut werden, daß man über dieses System auch Mitteilungen in den Wahlkreis geben könne.

All dies sollte noch in diesem Jahr ermöglicht werden. Deshalb müsse es auch in die Erläuterungen zu diesem Titel Eingang finden. Er bitte den Direktor, dem Ausschuß eine entsprechende Formulierungshilfe zu geben.

**Abgeordneter Hellwig (SPD)** bittet um einen Bericht der Landtagspräsidentin über die Nutzung des Bundestagssystems insbesondere in den Wahlkreisen.

Er sei davon ausgegangen, so **Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE)** im Zusammenhang mit Tit. 811 10 - Erwerb von Dienstkraftfahrzeugen -, daß man in diesem Jahr auf die Anschaffung eines weiteren Dienstfahrzeugs verzichten werde, weil die Zahl der Vizepräsidenten verringert worden sei.

Hier handele es sich um den Wagen der Präsidentin, stellt **Direktor beim Landtag Große-Sender** fest. Das derzeit benutzte Fahrzeug sei noch unter ihrem Amtsvorgänger angeschafft worden. Im Einvernehmen mit der Oberfinanzdirektion sei die Verabredung getroffen worden, Kfz nach einer bestimmten Fahrleistung, wenn

der Verkauf wirtschaftlich am meisten bringe und eine Neuanschaffung vertretbar sei, zu veräußern.

Auf die Frage des Abgeordneten Dr. Vesper (GRÜNE) nach dem Dienstfahrzeug des früheren Vizepräsidenten Dr. Riemer, antwortet Direktor beim Landtag Große-Sender, die Wagen würden üblicherweise durch die Oberfinanzdirektion versteigert.

Abgeordneter Büssow (SPD) fragt bei Tit. 812 10 - Erwerb von Kunstgegenständen für den Landtag -, ob die für Kunst am Bau vorgeschriebene Summe ausgegeben worden sei.

Direktor beim Landtag Große-Sender bejaht dies.

Abgeordneter Kern (SPD) meint, viele Abgeordnete wüßten nicht, daß sie Kunstgegenstände aus dem Landtagsdepot in ihren Büros im Landtag unterbringen könnten, und bittet darauf aufmerksam zu machen.

b) **Einzelplan 02 - Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Vorlage 11/238

Hierzu referiert Minister Clement wie folgt:

Ihnen liegt der Entwurf des Einzelplans 02 mit den Erläuterungen der Landesregierung vor. Er schließt mit Ausgaben in Höhe von 160 Millionen DM ab; gegenüber dem Vorjahr beträgt die Steigerungsrate einschließlich Nachtragshaushalt rund 14,3 %. Auch aus dieser Zahl ist ersichtlich, daß seit 1990 wesentliche Veränderungen im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten eingetreten sind, die nicht zuletzt bei den personellen Anforderungen Berücksichtigung finden.



Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Mit dem Entwurf des Haushalts 1991 wollen wir die finanziellen und personellen Voraussetzungen für die Realisierung dessen schaffen, was in der Regierungserklärung vom 15. August 1990 als politischer Handlungswille der Landesregierung dargelegt ist, soweit es um den Haushaltsplan des Ministerpräsidenten geht.

Zu den bedeutsamen Schwerpunkten in der Regierungserklärung, die in diesem Einzelplan zum Ausdruck kommen, gehören insbesondere folgende Maßnahmen:

1. Maßnahmen im Bereich der technischen Zusammenarbeit mit den Ländern der dritten Welt sowie verstärkte Anstrengungen zur öffentlichen Bewußtseinsbildung im Bereich der Entwicklungspolitik. In der Titelgruppe 71 sind insgesamt 2,8 Millionen DM - 1 Million mehr als bisher - für die Verstärkung der entwicklungspolitischen Anstrengungen veranschlagt.
2. Ein bedeutsamer Schwerpunkt sind die Veränderungen in Europa, mit denen die Herausforderungen an unser Land wachsen. Wir haben das gestern im Unterausschuß "Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit" sehr intensiv diskutiert. Die schon früher an verschiedenen Stellen des Einzelplans 02 vorgesehenen Mittel sind jetzt im Kapitel 02 030 - Europaangelegenheiten - konzentriert und verstärkt, um dieser Herausforderung gerecht zu werden.
3. Nordrhein-Westfalen ist, wie Sie wissen, der Vereinigung der Regionen Europas beigetreten, um die Bedeutung eines Europas der Regionen zu unterstreichen und, wenn Sie so wollen, Föderalismus in Europa zu exportieren. Hierzu gehört auch, daß das Verbindungsbüro in Brüssel ab Mitte dieses Jahres in einer neuen Organisationsform - nicht mehr als Verbindungsbüro unter der Geschäftsbesorgung der Westdeutschen Landesbank, sondern eingegliedert in die Staatskanzlei - geführt wird. Eine ebensolche Organisationsform haben wir für das Büro in Berlin vorgesehen.
4. Wir wollen das internationale Engagement des Landes erheblich verstärken, wie es sich bereits im Haushalt 1990 angedeutet hat; dies wird in der Titelgruppe "Internationale Zusammenarbeit" deutlich. Zu

dieser internationalen Zusammenarbeit gehören die Kooperationen mit anderen Regionen in Europa, insbesondere natürlich mit unseren Partnern in der Russischen Föderation oder beispielsweise über Europa hinaus mit unserem Partnerland North Carolina in den USA.

Wir wollen die humanitären Projekte in Polen, Rumänien und Bulgarien weiterführen. Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß dies mehr denn je geboten ist. Wir möchten auch das Engagement des Landes im Nahen und Mittleren Osten und - daraus mache ich kein Geheimnis - insbesondere in Israel verstärkt fortsetzen. Und schließlich möchten wir einen Betrag für humanitäre Hilfsmaßnahmen insbesondere bei Katastrophenunfällen im Ausland zur Verfügung stellen. Wir haben in der Vergangenheit lernen müssen, von wie großer Bedeutung dies auch für die Verständigung zwischen den Staaten und den Völkern ist. Die erforderlichen Mittel sind in der Titelgruppe 72 - Internationale Zusammenarbeit - in Kapitel 02 020 mit einem Gesamtbetrag von rund 22 Millionen DM - das sind 12,6 Millionen DM mehr als im Vorjahr - ausgewiesen.

Dabei ist noch nicht die humanitäre Hilfe für die Sowjetunion berücksichtigt. Wie Sie wissen, hat die Landesregierung Ende letzten Jahres ein Hilfsprogramm beschlossen, das insgesamt zusätzlich rund 10 Millionen DM erfordert. Mit den Mitteln unterstützen wir die Hilfsorganisationen aus unserem Lande bei Ihren begrüßenswerten Aktivitäten zugunsten der Menschen in der Sowjetunion. Von diesen 10 Millionen DM sind im Dezember wegen der Dringlichkeit bereits 1,6 Millionen DM außerplanmäßig verausgabt worden, weil die Aktivitäten sofort in Gang gesetzt werden mußten. Die haushaltsrechtlichen Folgen werden in einer Ergänzungsvorlage berücksichtigt, die der Finanzminister in Kürze vorlegen wird.

5. Ich habe den Hauptausschuß des Landtags wiederholt über Einzelmaßnahmen im Rahmen des Deutschlandprogramms der Landesregierung unterrichtet. Das Programm wird fortgesetzt. Der Einzelplan 02 sieht dafür im Jahre 1991 rund 10 Millionen DM vor.

Ich muß auf eine technische Änderung aufmerksam machen, die in dem vorliegenden Entwurf nicht berücksichtigt werden konnte: Nach dem 3. Oktober 1990 können die zehn Berater aus beamtenrechtlichen Gründen nur aus ihren Planstellen, die in den verschiedenen Einzelplänen ausgewiesen sind, in die neuen Länder abgeordnet werden. Die im Einzelplan 02 ausgewiesenen Stellen für beamtete Hilfskräfte werden deshalb aus dienstrechtlichen Gründen in den verschiedenen Einzelplänen als Planstellen ausgewiesen und im Einzelplan 02 gestrichen. Auch das wird der Finanzminister in einer Ergänzungsvorlage berichtigen.

6. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Medienpolitik. Dazu nenne ich nur drei Punkte.

Der eine ist die Filmstiftung, die wir eingangs im Rahmen der Aktuellen Viertelstunde behandelt haben. Sie wird in der Rechtsform einer GmbH ins Leben gerufen. An Komplementärmitteln möchte das Land im Jahre 1991 12,5 Millionen DM bereitstellen.

Ich nenne aber auch das inzwischen etablierte und, wie ich finde, sehr erfolgreiche Medienforum in Köln, das wir mit 1 Million DM unterstützen wollen. Dies ist notwendig, weil wir in der Konkurrenz mit anderen Medienforen den Platz 1 behaupten wollen. Für das letzte Medienforum in München beispielsweise sind von Bayern mehrere Millionen DM investiert worden. Im Haushaltsplanentwurf selbst ist nicht darauf hingewiesen worden, daß wir nach wie vor hoffen, daß die Landesanstalt für Rundfunk das Medienforum in Köln so wie 1990 weiterhin unterstützt.

Ein weiteres Mittel, das wir nach meiner Meinung benötigen, um das Medienland Nordrhein-Westfalen durchzusetzen, ist das Internationale Filmfest in Köln, das im Jahre 1990 ohne finanzielle Beteiligung des Landes gestartet ist, filmisch erfolgreich, organisatorisch nicht so gut. Wir wollen das in diesem Jahr durch eine intensivere Kooperation zwischen allen Beteiligten positiv verändern.

Ein weiterer Schwerpunkt ist das Stiftungswesen. So soll 1991 beispielsweise die Förderung der Stiftung "Kunst und Kultur" fortgesetzt werden, für die Mittel in Höhe von 4 Millionen DM aus dem Einzelplan 20 übernommen worden sind.

7. Die politische Bildung ist ein weiterer wesentlicher Aufgabenschwerpunkt im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten. Hierfür sind 40,7 Millionen DM als Baransatz und 4,2 Millionen DM als Verpflichtungsermächtigung vorgesehen. Darin ist ein zusätzlicher Betrag von 590 000 DM enthalten, der zur Förderung einer neuen politischen Stiftung bestimmt ist. Vorausgesetzt ist die Vorlage eines entsprechenden Antrags durch den Träger. Die Kürzungen von insgesamt 3,5 Millionen DM ergeben sich rechnerisch dadurch, daß unter anderem einmalige Maßnahmen des Vorjahres entfallen; die Kürzung der Mittel im Zusammenhang mit dem Weiterbildungsgesetz ist eine Anpassung an das langjährige niedrige Ist-Ergebnis. Da es sich hierbei um Mittel handelt, auf die ein gesetzlicher Anspruch besteht, ist die Höhe des Ansatzes ohne Einfluß auf die gesetzliche Förderung.
8. Die vollzogene Aufgabenvermehrung, die ich nur skizziert habe - Deutschlandpolitik, Europapolitik, internationale Politik und Medienpolitik -, erfordert über die im Nachtragshaushalt 1990 bewilligten Stellen hinaus mehr Personal. In der Vorlage 11/238 sind die einzelnen Anforderungen aufgeführt und begründet. Insgesamt geht es um die Installierung eines neuen Gruppenleiters für die Europapolitik. Ansonsten handelt es sich um Hilfsreferenten und Sachbearbeiter vornehmlich in den Aufgabenbereichen Europapolitik, Medienwirtschaft, Informations- und Kommunikationstechniken, Entwicklungspolitik, ökologische und ökonomische Erneuerung sowie um die notwendig gewordene Verstärkung der Infrastruktur der Staatskanzlei in den Bereichen Personal, Haushalt, Kommunikation, Deutschlandpolitik und Presse. Ich gehe davon aus, daß die inhaltliche Beratung darüber im Unterausschuß "Personal" erfolgen wird.

Es ist klar, daß die Aufgabenvermehrung auch zu höheren Sachaufwendungen führt, die im Entwurf des Einzelplans 02 enthalten sind.

**Abgeordnete Hieronymi (CDU)** erklärt, nach Durchsicht des Entwurfs des Einzelplans 02 sei sie überrascht gewesen, mit welcher Dimension und mit welcher Geschwindigkeit Aufgaben im Bereich der Staatskanzlei lösbar seien und dafür Mittel zur Verfügung gestellt würden, um die man in ihren bisherigen Arbeitsbereichen, im Ausschuß für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge und im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie, habe ringen müssen. Die Steigerung der Ausgaben um 14,3 % in einem Haushaltsjahr halte sie, gemessen an den Problemen, die in diesem Lande dringend der Lösung bedürfen, für unangemessen, ohne die Bedeutung der von Minister Clement angesprochenen Aufgaben zu negieren.

Unter dem Stichwort "Medienpolitik" beispielsweise habe der Minister die Bemühungen des Landes zu erläutern versucht. In der Tat sei Medienpolitik ein wichtiger Aspekt für Nordrhein-Westfalen. In den Erläuterungen heiße es, auf Dauer müsse Nordrhein-Westfalen zur Nummer 1 bei den Medienveranstaltungen in Deutschland werden. Auch das halte sie für ein wünschenswertes Ziel; sie meine allerdings, in diesem Lande gebe es noch wichtigere Ziele, beispielsweise was die Lehrerversorgung angehe.

Die CDU-Fraktion habe grundsätzliche Bedenken gegen die massiven Ausweitungen im Haushalt des Ministerpräsidenten. Dieser Haushaltsentwurf entspreche auch nicht dem Appell, den der Finanzminister in der Einbringung des Haushaltsentwurfs an den Landtag gerichtet habe, indem er auch das Parlament zur Ausgabewachsamkeit aufgerufen und darum gebeten habe, das parlamentarische Budgetrecht in klassischem Sinne als den Auftrag zu verstehen, die Ausgaben einzugrenzen.

**Minister Clement** erwidert, auf den ersten Blick sei die Haushaltssteigerung sicherlich als kräftig zu bezeichnen. Allerdings müsse man sehr präzise nachschauen, wo die unabweisbaren Schwerpunkte lägen. Beispielsweise müsse gefragt werden, ob man vor dem Hintergrund der europäischen Entwicklung darauf verzichten könne, wenigstens ein kleines Signal in Richtung Nordsüdgefälle auszusenden.

Der vorliegende Entwurf des Einzelplans 02 müsse auch vor dem Hintergrund dessen gesehen werden, was im letzten Jahr geschehen sei. Die für die neuen Bundesländer veranschlagten Mittel seien das Minimum dessen, mit dem man Aktivitäten entfalten müsse.

Ohne ein zusätzliches Engagement der Länder in Polen, Bulgarien, Rumänien und der Sowjetunion sei das Reden von Solidarität nur eine Farce.

Er habe noch den Wunsch aller Fraktionen des Landtags im Ohr, die ökonomische Umstrukturierung im Lande vorwärtszubringen. Ein wesentlicher Faktor dabei sei für ihn die Medienpolitik. Der vorliegende Haushaltsentwurf solle dazu beitragen, in bezug auf die Medienwirtschaft in Nordrhein-Westfalen an die Spitze zu gelangen. Man bemühe sich, das Partnerland Brandenburg dabei einzubeziehen; auch deshalb sei es dringend erforderlich, in einem angemessenen Umfang vorzugehen.

Soziale Probleme könnten nur gelöst werden, wenn der ökonomische Fortschritt in Gang gehalten werde. Dazu gehöre in Nordrhein-Westfalen die Notwendigkeit, in der Medienpolitik einen größeren Schritt nach vorn zu tun, als das bisher gelungen sei.

In vielen Punkten folgt **Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** der Argumentation der Abgeordneten Hieronymi. Allerdings wolle sie das weniger pauschal beurteilen, sondern anhand jeder einzelnen Position. Sie sehe die Aufgabe von Oppositionsfraktionen darin, jeweils einen alternativen Haushalt mit anderen Prioritäten vorzulegen.

Über die Medienpolitik gelte es intensiv zu diskutieren. Die Frage sei, was es Nordrhein-Westfalen koste, die Nummer 1 im Medienbereich zu werden, und ob es nach den Erfahrungen, die andere Länder gemacht hätten, die Anstrengungen wert seien, diese Kosten aufzubringen. Insoweit verträten die GRÜNEN eine andere Auffassung als die SPD-Fraktion und die Landesregierung. Auch in diesem Bereich ergebe sich das bei Wirtschaftsförderung allgemein festzustellende Problem, wer davon profitiere und ob im Prinzip nicht nur eine Umverlagerung von Arbeitsplätzen stattfinde, von der die Gesamtwirtschaft nichts habe.

**Abgeordneter Büssow (SPD)** bezeichnet es als richtig, ressortübergreifend zu argumentieren. Auf der anderen Seite müßten seines Erachtens aber auch die Ressorts verschiedener Länder miteinander verglichen werden. Und wenn er dies in bezug auf den Haushalt der Staatskanzlei tue, komme er zu dem Ergebnis, daß sich Nordrhein-Westfalen etwa bei einem Vergleich mit Bayern oder Baden-Württemberg durchaus im Kanon der Flächenländer bewege.

Die Stellungnahme des Ministers zu den Positionen für Osteuropa und die dritte Welt teile er uneingeschränkt. Hier könnte allenfalls bedauert werden, daß nicht mehr Geld zur Verfügung stehe. Wenn man einsehe - und er habe den Eindruck, daß dies inzwischen über Fraktionsgrenzen hinweg so gesehen werde -, daß Deutschland nicht allen diesen Menschen eine Heimat geben könne, müsse in den Heimatländern geholfen werden. Und das sei über diesen Haushalt möglich. Entsprechend müßten andere Länder und der Bund handeln.

Daß Nordrhein-Westfalen die Chance wahrnehme, ein Medienland mit europäischer Bedeutung zu werden, sollte auch von den Oppositionsfraktionen unterstützt werden. Auf diesem Gebiet sei in den letzten Jahren viel geschehen, wofür man durchaus Stolz empfinden könne. Die Medienbranche sei eine Wachstumsbranche, und insofern könne von einer Umverlagerung von Arbeitsplätzen keinesfalls die Rede sein. Es müsse dafür gesorgt werden, daß Nordrhein-Westfalen an diesem Wachstum auch partizipiere. Nordrhein-Westfalen befinde sich in einem Strukturwandel. Von daher müßten zukunftssträchtige und zukunftsorientierte Strukturen angesiedelt werden. Mittlerweile herrsche in Nordrhein-Westfalen für Medieninvestoren ein hervorragendes Klima. Ein Beweis dafür sei die Ansiedlung von RTL plus. Vielleicht gelinge es auch, daß Tele 5 und die Westschiene hier ihren Standort suchten. All das dürfe seines Erachtens nicht durch die parteipolitische Brille betrachtet werden.

**Minister Clement** möchte an Beispielen belegen, daß das Argument der Abgeordneten Höhn, es finde lediglich eine Umverlagerung von Arbeitsplätzen statt, nicht zutrefte. So seien in Köln in kürzester Zeit 700 Arbeitsplätze allein bei RTL plus geschaffen worden. Mit der Einrichtung des lokalen Rundfunks sei die Schaffung interessanter zusätzlicher Arbeitsplätze einhergegangen. Sollte es gelingen, daß sich die Westschiene in Nordrhein-Westfalen niederlasse, würden weitere Arbeits-

plätze neu geschaffen. Selbstverständlich gehe man auch davon aus, daß wegen der Filmstiftung Produzenten, Synchronisationsunternehmen, Filmschaffende usw. nach Nordrhein-Westfalen kämen und auch dadurch neue Arbeitsplätze eingerichtet würden. Im Grunde sei Nordrhein-Westfalen verpflichtet, die Infrastruktur zu schaffen, die der Tatsache gerecht werde, daß dieses Land mit dem Westdeutschen Rundfunk und RTL plus in der Medienlandschaft eine bedeutende Rolle spiele.

**Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** konstatiert, in der Tat handele es sich bei Medienpolitik um einen außerordentlich wichtigen Aufgabenbereich der Staatskanzlei. Auch halte er es für sinnvoll, aus Nordrhein-Westfalen ein erfolgreiches Medienland zu machen. Allerdings sei zu fragen, inwieweit das auf Kosten anderer Politikfelder geschehe; denn es sei nicht möglich, alle Bereiche gleichzeitig ausreichend zu bedienen.

Gestern habe der Wirtschaftsminister erklärt, der vorliegende Haushaltsentwurf sei nach seiner persönlichen Einschätzung inzwischen schon Makulatur. Das veranlasse ihn zu der Frage, welchen Grad an Verbindlichkeit die Positionen des hier zu diskutierenden Einzelplans 02 noch hätten.

Sicherlich könne man über die Schwerpunkte streiten, die eine Landesregierung in einem Haushalt setze, äußert **Minister Clement**. Und im Vergleich zu anderen Bereichen, etwa Wohnungsbau oder Schulwesen, diskutiere man beim Einzelplan 02 im Grunde genommen um Kleinigkeiten. Im Gesamthaushalt setze die Landesregierung die Prioritäten, die sie sich vorgenommen habe. In diesem Rahmen sei nichts Makulatur.

Das Problem, das der Wirtschaftsminister vermutlich angesprochen habe, seien die zusätzlichen Anforderungen, die von seiten des Bundes oder der neuen Bundesländer kommen könnten. Das aber sei zur Zeit ein unkalkulierbarer Prozeß.

In der Ministerpräsidentenkonferenz werde ein Vorschlag der SPD-regierten Länder diskutiert, 6 Milliarden DM zusätzlich in den Fonds "Deutsche Einheit" einzusetzen, über die sofort verfügt werden könne. Die Bundesregierung und die meisten CDU-regierten Länder dagegen forderten eine früher in Kraft tretende höhere



Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Staffelung des Umsatzsteuerausgleichs. Das würde den Landeshaushalt im nächsten Jahr mit 0,9 Milliarden DM belasten. Gleichzeitig sähen die Bundesregierung und die meisten B-Länder einen sofortigen Verzicht auf die Strukturhilfe vor, was sich mit 756 Millionen DM niederschläge. Das Hauptproblem aber sei, daß man nicht wisse, was aus den Koalitionsverhandlungen in Bonn wirklich auf das Land zukomme. Zunächst sei von der Streichung der Vermögensteuer ab sofort die Rede gewesen. Heute morgen entnehme er der Presse, daß sie für 1992/93 vorgesehen sei. Hierbei handele es sich um eine ausschließliche Landessteuer, die für Nordrhein-Westfalen 1,6 Milliarden DM jährlich ausmache. Dann sehe der Bund zu einem noch nicht bekannten Zeitpunkt die Streichung der Gewerbekapitalsteuer, die überwiegend an die Kommunen gehe und 1,1 Milliarden DM ausmache, vor. Dabei sei noch nicht berücksichtigt, was der Bund nach den Koalitionsverhandlungen an weiteren Veränderungen im Bereich der Mischfinanzierung beabsichtige. Vor diesem Hintergrund müsse die von Abgeordneten Dr. Rohde zitierte Aussage des Wirtschaftsministers gesehen werden.

Nordrhein-Westfalen werde im Bundesrat zu verhindern versuchen, daß der Bund seine Probleme zu Lasten der Länder löse. Bis auf drei Länder hätten alle in der Ministerpräsidentenkonferenz und in der Finanzministerkonferenz gegen die Pläne der Bundesregierung in bezug auf die Gewerbekapitalsteuer und die Vermögensteuer votiert.

Nach Ansicht der Abgeordneten Hieronymi (CDU) müsse klargestellt werden, daß die von der CDU vorgeschlagene Lösung über die Umsatzsteuer dem Prinzip "Hilfe zur Selbsthilfe" entspreche und für Nordrhein-Westfalen eine Belastung von 0,9 Milliarden DM im nächsten Haushaltsjahr brächte. Das entspreche exakt dem Differenzbetrag der Steuerschätzungen im Mai und im Dezember 1990. Würde die Fonds-Lösung zum Tragen kommen, entfielen auf das Land Nordrhein-Westfalen 100 Millionen DM. Stelle man diesem Betrag allein die einheitsbedingten Steuermehreinnahmen von mehreren hundert Millionen DM gegenüber, müsse man zu dem Ergebnis kommen, daß dabei die Forderung "Teilung durch Teilen überwinden" nicht erfüllt werde.

Der Grundkonflikt zwischen der Bundesregierung und den SPD-regierten Bundesländern in diesem Punkt sei - so **Minister Clement** -, daß man bei dem Umsatzsteuermodell schon heute davon ausgehen könne, daß es wiederum nicht reiche. Die SPD-regierten Bundesländer dagegen wollten zunächst einmal abwarten, wie sich die Einnahmesituation der neuen Bundesländer verändere. Das Problem dort sei derzeit, daß sie aufgrund der noch nicht vorhandenen Verwaltungsstrukturen nicht in der Lage seien, das Geld auszugeben. Wenn man die Haushalte der neuen Bundesländer mit denen der alten vergleiche, erkenne man, daß sie in Ostdeutschland deutlich höher seien.

### **Personalhaushalt**

**Abgeordnete Hieronymi (CDU)** gibt zu verstehen, die Tatsache, daß ihre Fraktion heute zum Personalhaushalt keine Anmerkungen mache, dürfe nicht als Zustimmung gewertet werden.

### **Sachhaushalt**

#### **Kapitel 02 010 - Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Bei **Tit. 513 10 - Rundfunk-, Post- und Fernmeldegebühren** - fragt **Abgeordneter Büssow (SPD)**, ob der ausgebrachte Ansatz vor dem Hintergrund steigender Gebühren noch zutreffe. Im Grunde müsse diese Frage bei jedem Einzelplan gestellt werden. Er hielte es für ärgerlich, allein wegen erhöhter Gebühren einen Nachtragshaushalt verabschieden zu müssen.

Die drohenden Gebührenerhöhungen seien nicht berücksichtigt, weil ihre Höhe noch nicht bekannt sei, teilt **Minister Clement** mit.

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Der **Vorsitzende** fügt an, eine notwendige Erhöhung des Ansatzes bedürfe seines Erachtens keines Nachtrags.

**Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** stellt bei den Ansätzen der Titel 531 30 - Planung und Durchführung von NRW-Festen - und 541 10 - Zur Erfüllung von Repräsentationsverpflichtungen der Landesregierung - erhebliche Steigerungen fest und bittet dafür um eine Erläuterung.

**Minister Clement** legt dar, das 40-Jahr-Fest Nordrhein-Westfalens sei bekanntlich in Düsseldorf mit, wie er meine, guter Ausstrahlung gefeiert worden. Nach Auffassung der Landesregierung sollte alle fünf Jahre zu den Jubiläen des Landes ein solches Fest veranstaltet werden. Der 45. Jahrestag des Bestehens des Landes solle im westfälischen Landesteil, nämlich in Münster, gefeiert werden. Er halte es nicht für übertrieben, wenn man in einem so großen Land zur Stärkung des Landesbewußtseins alle fünf Jahre ein Fest veranstalte, das alle Bereiche des öffentlichen Lebens umfasse. Vor diesem Hintergrund sei der vorgesehene Ansatz seines Erachtens nicht zu hoch bemessen.

Er wehre sich gegen den Begriff "Repräsentationsverpflichtungen"; denn es handle sich dabei hauptsächlich um Mittel für Reisen des Ministerpräsidenten und für ausländische Besucher. Insbesondere bei dem letzten Aspekt sei ein gewaltiger Zuwachs zu verzeichnen. Solche Begegnungen aber würden von einer Landesregierung erwartet.

**Abgeordneter Büssow (SPD)** regt an, in künftigen Haushalten einen anderen Begriff als "Repräsentationsverpflichtungen" zu wählen.

Dieser Auffassung schließt sich **Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** an.

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

**Abgeordnete Hieronymi (CDU)** bittet um eine Auflistung der Repräsentationsverpflichtungen, die eine Erhöhung des Ansatzes um 700 000 DM notwendig machen.

**Minister Clement** sagt dies zu und merkt an, der Schwerpunkt liege im Bereich ausländische Besucher und Reisen ins Ausland.

**Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** bittet um Auskunft, welche Kosten das im Jahre 1986 veranstaltete NRW-Fest verursacht habe.

**Leitender Ministerialrat Dr. Lieb (Staatskanzlei)** erläutert, aus Landesmitteln seien dafür 1,7 Millionen DM ausgegeben worden. Seinerzeit habe aber auch die Stadt Düsseldorf einen nicht unerheblichen Betrag beigesteuert. Das könne man nicht von anderen Städten erwarten. Von daher habe der Ansatz erhöht werden müssen.

Auf Fragen der **Abgeordneten Frau Hieronymi (CDU), Dr. Rohde (F.D.P.)** und **Büssow (SPD)** zu **Tit. 541 30 - Medienforum Nordrhein-Westfalen** -, erklärt **Minister Clement**, in dem Entwurf des Einzelplans 02 sei die Beteiligung der LfR vergessen worden. Man lege größten Wert darauf, daß die Landesanstalt weiterhin das Medienforum unterstütze. Allerdings könne man nicht davon ausgehen, daß es der LfR möglich sei, in der gleichen Größenordnung wie das Land zu fördern.

Im Jahre 1990 sei das Medienforum mit minimalstem Aufwand durchgeführt worden. Der Aufwand für die Medienwoche, die die Bayerische Staatsregierung in München durchführe, bewege sich zwischen 4 und 5 Millionen DM. Man befinde sich insoweit in einer Konkurrenz, die man zumindest halbwegs bestehen wolle, zumal das in Nordrhein-Westfalen veranstaltete Medienforum nach seiner Meinung das qualitativ beste in der Bundesrepublik sei.

An dem Filmfestival habe sich das Land im Jahre 1990 nicht beteiligt. In diesem Jahr solle dafür 1 Million DM bereitgestellt werden. Man befinde sich noch in

Verhandlungen über eine Beteiligung des Westdeutschen Rundfunks und anderer. Aber ohne eine Beteiligung des Landes könnte das Filmfestival nicht mehr stattfinden. Nach den Vorstellungen der Landesregierung solle es etwas kostengünstiger als 1990 werden, als rund 4 Millionen DM ausgegeben worden seien. Man gehe nunmehr von einem Gesamtbetrag von 3 Millionen DM aus, die das Land, die Stadt und Sponsoren aufbringen sollten.

**Abgeordnete Hieronymi (CDU)** unterstreicht, ihre Fraktion spreche sich keinesfalls gegen das Engagement in der Medienpolitik aus. Das Konkurrenzdenken zu Bayern würde man sich allerdings nicht nur in bezug auf die Medienpolitik, sondern beispielsweise auch hinsichtlich der Lehrerversorgung wünschen.

Die Frage des **Abgeordneter Kern (SPD)**, ob es für Nordrhein-Westfalen eine ähnliche Abmachung mit der Bundesregierung im Hinblick auf Inter Nationes gebe wie für Bayern, verneint **Minister Clement**.

Im Zusammenhang mit dem Thema "Medienpolitik" spricht **Abgeordneter Büsow (SPD)** das Europäische Medieninstitut in Manchester und dessen Ansiedlungsabsichten in Nordrhein-Westfalen an. Wenn das Land daran interessiert sei, müßte sich das auch etatmäßig niederschlagen. Das Institut lebe im wesentlichen von europäischen Forschungsprojekten, und er hielte es für eine nochmalige Standortverbesserung, wenn es nach Nordrhein-Westfalen käme.

Die Landesregierung habe ein massives Interesse daran, daß das Europäische Medieninstitut, das höchstes Ansehen genieße, von Großbritannien nach Nordrhein-Westfalen übersiedle, stellt **Minister Clement** fest. Dafür gebe es auch eine Unterstützung von im deutsch-britischen Verhältnis engagierten Persönlichkeiten. Nordrhein-Westfalen habe gute Chancen. Das Institut sei natürlich auf eine ausreichende finanzielle Absicherung angewiesen. Zur Zeit sei die Ministerin für Wissenschaft und Forschung im Dialog mit den Hochschulen, die Einrichtung als An-Institut dort unterzubringen.

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Als Mitglied der Landesregierung sei er an den vorliegenden Haushaltsentwurf gebunden. Wenn die Fraktionen aber den Wunsch hätten, daß mit der Ansiedlung des Instituts verbundene Kosten im Haushalt ausgewiesen würden, müßte es sich um einen Betrag von 1 Million DM jährlich handeln. Zweifellos wäre das eine erfreuliche Akzentuierung des medienpolitischen Anspruchs Nordrhein-Westfalens.

**Abgeordnete Hieronymi (CDU)** fragt, wie sich Minister Clement die Finanzierung vorstelle und ob dabei auch an die Landesanstalt für Rundfunk gedacht sei.

Die Landesregierung halte es für gut, wenn die LfR das Institut mit einer Sockelfinanzierung von 40 % unterstützen könnte, antwortet **Minister Clement**. Gespräche mit der Landesanstalt darüber liefen. Seines Wissen sei auch der Direktor der LfR in der Diskussion mit seinen Kollegen der anderen Landesmedienanstalten, um das gemeinsame Interesse zu unterstreichen, das Institut nach Deutschland zu holen. Wenn sich das Land und die LfR beteiligten und wenn es zu einer Förderung mit Projektmitteln komme, wäre die Finanzierung gesichert.

### **Kapitel 02 020 - Allgemeine Bewilligungen**

Bei **Tit. 232 00** - Erstattungen für Forschungsaufträge im Rahmen des Kabelpilotprojektes Dortmund - erinnert **Abgeordneter Büssow (SPD)** daran, daß die ISDN-Forschung, die jetzt im Einzelplan des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie etatisiert sei, auf einen Anstoß aus dem Hauptausschuß zurückgehe. Aus den einst angelaufenen 5 Projekten seien inzwischen 16 geworden. Er wäre interessiert daran, daß sich der Hauptausschuß nach Abschluß der Haushaltsberatungen vom Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie über die Entwicklung der Projekte berichten ließe.

Zu **Tit. 685 40** - Zuschuß für das Filmfestival Nordrhein-Westfalen in Köln - wünscht **Abgeordnete Hieronymi (CDU)** eine schriftliche Unterlage über den beabsichtigten Ablauf des Festivals und seine Kosten.

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Von den von ihr eingangs kritisch angesprochenen Bereichen sei die **Titelgruppe 71 - Maßnahmen des Ministerpräsidenten für die Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern** - das Gebiet, auf dem sie bei der einen oder anderen Haushaltsstelle mehr Geld ausgeben würde. Allerdings habe sie insbesondere in bezug auf die Titel, deren Ansätze stark erhöht worden seien, über den Erläuterungsband hinaus zusätzliche Informationsbedürfnisse. Um weitere schriftliche Erläuterungen bitte sie hinsichtlich der **Titel 681 71 - Zuschüsse für den Einsatz junger Menschen in den Entwicklungsländern** -, **531 71 - Für die entwicklungspolitische Informationsarbeit der Landesregierung** - sowie **685 71 - Zuschüsse für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Inland** -.

**Minister Clement** teilt mit, er habe dem Unterausschuß "Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit" einen umfassenden Bericht über die Entwicklungspolitik vorgelegt. Er schlage vor, diesen Bericht auch den Mitgliedern des Hauptausschusses zuzuleiten. Auf dieser Basis sollten weitere Fragen besprochen werden.

**Abgeordneter Giltjes (CDU)** meint, bei dem Bericht handele es sich um eine Auflistung von Aktivitäten, die nicht unbedingt etwas mit dem von Frau Hieronymi gezeigten Informationsbedürfnis zu tun hätten.

**Abgeordneter Büssow (SPD)** bittet darauf zu achten, daß vom Hauptausschuß und vom Unterausschuß "Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit" nicht Doppelarbeit geleistet werde. Deshalb sollte zunächst das Ergebnis der Beratungen im Unterausschuß abgewartet werden.

**Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** bezieht in ihre Betrachtungen auch die **Titelgruppe 72 - Internationale Zusammenarbeit** - ein und bittet um Auskunft, nach welchen Kriterien die im Erläuterungsband behandelten neuen Projekte aufgenommen worden seien und ob sie sich im Laufe der Zeit aus der Ausschubarbeit entwickelt hätten.

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

In der Zeit, in der er Ansprechpartner des Hauptausschusses sei, habe eine umfassende Diskussion über Entwicklungspolitik noch nicht stattgefunden, bedauert **Minister Clement**. Die Landesregierung sei an einer stärkeren Unterstützung ihrer Entwicklungspolitik sehr interessiert, weil es sich dabei um einen Politikbereich handle, in dem seines Erachtens zu wenig getan werde. Er hoffe, daß in dem neu eingerichteten Unterausschuß intensiv über Entwicklungspolitik debattiert werde.

Grundsätzlich erstreckten sich Projekte über mehrere Jahre. Dabei gelte es zu beraten, ob man Projektförderung im Bereich der Nord-Süd-Zusammenarbeit auf mehrere Länder verteilt oder konzentriert auf ein Land betreiben solle. Der zweite Aspekt biete den Vorteil, daß man in dem Land, auf das man sich konzentriere, mehr als nur Hoffnungssignale geben könne.

Ein Hauptakzent in der Entwicklungspolitik liege bei der Bewußtseinsbildung. Dabei seien schon recht gute Erfolge im Inland erzielt worden, etwa über die Zeitung, die man herausgebe. Die Stiftung "Entwicklung und Frieden", die vom Land unterstützt werde, betreibe internationale Bewußtseinsbildung. Hierfür suche man derzeit noch Geldgeber, um eine breitere Grundlage schaffen zu können.

Schließlich sei noch der Friedensdienst zu nennen, der viel Zuspruch erhalte. Die Projekte, die die jungen Leute, die unterstützt würden, im Ausland betrieben, würde man gern in einer Spitzenfinanzierung fördern.

**Abgeordneter Dr. Klose (CDU)** betont, eine Konzentration der Mittel auf ein Partnerland habe seine Fraktion von Anfang an gewollt, aber keine Mehrheit dafür gefunden.

**Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** fragt, ob eine Verlagerung der Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit möglich sei oder ob die Mittel für konkrete Projekte bereits gebunden seien.

Was die Titelgruppe 72 angehe, seien leichte Verschiebungen möglich, wobei es Schwerpunkte gebe, die man sicherlich nicht ohne weiteres aufgeben könne, wäh-



Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

rend man im Hinblick auf die Titelgruppe 71 durch Projekte weitgehend festgelegt sei, antwortet **Minister Clement**. Dabei wolle er betonen, daß die Landesregierung seines Erachtens vernünftige Akzente gesetzt habe.

Beispielsweise sei es kaum möglich, aus den für Rumänien eingegangenen Verpflichtungen - in erster Linie gehe es um Kinderheime - abrupt auszusteigen, weil dann alles, was aufgebaut worden sei, wieder zusammenbräche. Ein weiteres Projekt, das man sehr hoch einschätze, betreffe eine Jugendbegegnungsstätte in Minsk, für die 5 Millionen DM aufgebracht werden müßten, wenn das Projekt entstehen solle. Der Grundstein solle im Sommer zum 50jährigen Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion gelegt werden. Das Projekt sei von den Evangelischen Kirchen in Nordrhein-Westfalen angestoßen worden. Alle drei Kirchen beteiligten sich mit 1 Million DM. Zur Zeit sei man noch auf Sponsorsuche, um das Projekt verwirklichen zu können. Auch hieraus könne man nicht mehr aussteigen, wenn man nicht falsche Signale setzen wolle, zumal auch vom Bundesaußenminister eine Finanzierungszusage vorliege.

**Abgeordnete Hieronymi (CDU)** stellt in der Titelgruppe 71 eine überproportional starke Erhöhung der Ansätze der Titel 684 71 - Zuschüsse zur entwicklungspolitischen Öffentlichkeitsarbeit -, 531 71 - Für die entwicklungspolitische Informationsarbeit der Landesregierung - und 541 71 - Durchführung des Landesausstellung "Die Dritte Welt und wir" - fest. Alle diese Titel beträfen die Öffentlichkeitsarbeit und damit nicht zuletzt die Selbstdarstellung der Landesregierung. Das relativiere die Aussage des Ministers, man helfe denen, die es am nötigsten hätten.

In der Titelgruppe 72 sei der Tit. 534 72 - Aufwendungen für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes - mit einem Ansatz von 1,5 Millionen DM neu geschaffen worden. Nach den Erläuterungen sollten damit NRW-Tage in partnerschaftlich verbundenen Ländern finanziert werden. Gegen partnerschaftliche Beziehungen mit dem Ausland sei nichts einzuwenden. Aber auch hier müsse wieder die Höhe der dafür bereitgestellten Mittel gesehen werden, und zwar in einem Jahr, in dem man die Teilung durch Teilen habe überwinden wollen. Sie bitte darum, für die nächste Sitzung aufzulisten, welche NRW-Tage mit welchen Beträgen durchgeführt werden sollten.

Hauptausschuß  
8. Sitzung

17.01.91  
sr-ma

Auch über dringend notwendige Hilfen, die über **Tit. 686 72** - Zuschüsse für Projekte im Ausland - finanziert würden, könne nicht kontrovers diskutiert werden. Sie halte es aber für hochinteressant, wenn auf einmal völlig unvorbereitet ein Projekt wie die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte in Minsk auftauche. Hierzu erbitte sie für die nächsten Beratungen nähere Informationen über den geplanten Ablauf, die Trägerkonstruktion und konzeptionelle Grundlagen der dort beabsichtigten Arbeit.

Das von seiner Vorrednerin beklagte Mißverhältnis von Selbstdarstellung und Taten sieht **Abgeordneter Kern (SPD)** nicht; denn es müsse auch berücksichtigt werden, was für den entwicklungspolitischen Bereich von den Fachressorts getan werde. Dabei denke er zum Beispiel an die Förderung von Studenten aus den Ländern der dritten Welt. Deshalb bitte er um eine Aufstellung der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Fachressorts.

**Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.)** hält es für vernünftig, daß die Mittel des **Tit. 686 72** - Zuschüsse für Projekte im Ausland - überwiegend auf humanitäre Projekte konzentriert würden. Dennoch wolle er fragen, ob es nicht möglich sei, angesichts der besonderen Erfahrungen in Nordrhein-Westfalen mit der Renaissance eines alten Industriegebietes Beratungshilfen in solchen Gebieten in Polen, Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei zu geben. Mit diesem Aspekt sollte sich der Hauptausschuß nach den Haushaltsberatungen einmal intensiv befassen.

**Abgeordneter Büssow (SPD)** meint, die Titel 531 71, 541 71 und 684 71 seien von Frau Hieronymi falsch interpretiert worden. Schon jetzt kündige er an, daß die SPD Kürzungsanträge der CDU, die zu diesen Titeln bisher stets vorgelegt worden seien, auch diesmal ablehnen werde.

Keineswegs handele es sich dabei um eine Selbstdarstellung der Landesregierung. In Nordrhein-Westfalen gebe es bekanntlich viele hundert Dritte-Welt-Gruppen, denen eine informative Vernetzung fehle. Ein wichtiger Aspekt der Entwicklungsarbeit sei auch die Stärkung des Bewußtseins für die Länder der dritten Welt. So, wie er den Minister verstanden habe, werde mit den zur Diskussion stehenden

Hauptausschuß  
8. Sitzung

17.01.91  
sr-ma

Titeln diese Arbeit unterstützt. Vor diesem Hintergrund halte er die dafür bereitgestellten Mittel für gerechtfertigt. Man sollte sogar stolz darauf sein, wie viele junge Menschen sich in diesem Lande engagiert mit dem Thema auseinandersetzen. Auf der anderen Seite dürfe es auch nicht so sein, daß der Staat die zur Verfügung stehenden Mittel durchweg an Drittinstitutionen weitergebe, sich selbst völlig entäußere und nicht auch eigenes Engagement in dieser Frage zeige. Und dies geschehe über die anderen Titel der zur Diskussion stehenden Titelgruppen.

Minister Clement bezeichnet es als unzulässig, bei Titeln, die die entwicklungspolitische Informationsarbeit betreffen, zu behaupten, damit würden die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung erhöht. Nur zu einem minimalen Teil gehe es um die Verbesserung der Informationsmittel des Landes, was wiederum mit PR nicht das geringste zu tun habe; vielmehr gehe es insbesondere um den Informationsdienst, der höchstes Ansehen bei den auf diesem Gebiet Engagierten genieße. In erster Linie werde, wie Abgeordneter Büssow bereits ausgeführt habe, die informative Vernetzung der Dritte-Welt-Gruppen unterstützt.

Aus Tit. 684 71 würden ausschließlich Zuschüsse zu Veranstaltungen anderer gewährt. Die von der Landesregierung ermöglichte Vernetzung führe zu einer größeren Zahl von Anträgen, die man mit dem erhöhten Ansatz dieses Titels bedienen wolle.

Die Erläuterungen zu dem Projekt in Minsk habe er für recht umfangreich gehalten; er sage aber zu, weitere Erläuterungen dazu zu geben. Das Land werde sich nur an den Investitionskosten beteiligen; die Folgekosten würden von den Betreibern getragen.

Hinsichtlich der für partnerschaftliche Beziehungen veranschlagten Mittel vertrete die Landesregierung die Auffassung, daß sie das Europa der Regionen auch praktizieren müsse und daß deshalb die partnerschaftlichen Beziehungen zu allen Partnerregionen - zu Flandern, Wallonien, Valencia, Katalonien, North Carolina und zur Russischen Föderation - gefördert werden müßten. Die Amerikaner hätten derzeit vor, das Büro von North Carolina in Nordrhein-Westfalen zu verstärken. Die Planungen zu NRW-Festen stelle er dem Ausschuß gern zur Verfügung.

Hauptausschuß  
8. Sitzung

17.01.91  
sr-ma

Die von Abgeordneten Dr. Rohde angeregte Mitwirkung Nordrhein-Westfalens an den notwendigen Umstrukturierungsmaßnahmen in osteuropäischen Staaten sehe er, Clement, ebenso. Mit bescheidenen Mitteln sei man in Polen tätig. Auf Wunsch der polnischen Regierung habe man Unterstützung bei den Bemühungen um die Revitalisierung des Bergbaugebietes Oberschlesiens zugesagt. Eine Arbeitsgruppe von Fachleuten im Bergbau habe inzwischen die Situation vor Ort geprüft und suche derzeit ein Projekt aus, damit dies beispielhaft gefördert werden könne. Ähnliches gelte für den Umweltschutz; hier sei Minister Matthiesen tätig geworden. Auch werde ein gemeinsames Projekt der Universität Duisburg und der Hochschule für Planung und Statistik in Warschau gefördert, mit Hilfe dessen die Voraussetzungen für die Wirtschaftsreform in Richtung Marktwirtschaft geklärt werden sollten. Auch aus der Tschechei sei der Wunsch gekommen, daß sich Nordrhein-Westfalen dort engagiere.

Ein Kernproblem sei, daß an Nordrhein-Westfalen zunehmend aus den osteuropäischen Staaten die Bitte um personelle Verwaltungs- und Aufbauhilfe ähnlich wie in den neuen Ländern herangetragen werden. Dabei sei man aber überfordert, und Entsprechendes gelte sicher für alle Bundesländer. Eine Schwäche der gesamten Politik sei zur Zeit, daß man sich nur auf die neuen Länder konzentrieren könne und müsse, die anderen dabei aber ein Stück weit vernachlässigt würden.

**Abgeordnete Hieronymi (CDU)** legt dar, nach dem Erläuterungsband sei Träger des Projekts in Minsk das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk zu Dortmund. Sie bitte um Auskunft, wer dieser Träger sei, ob es mehrere Anträge gebe und nach welchen Gesichtspunkten ausgewählt werde.

Weiter sei im Erläuterungsband zu lesen, die Finanzierung auf sowjetischer Seite sei nach Aussage des IBBW gesichert. Sie interessiere, inwieweit die Aussage dieses Trägers realistisch sei und wer die Finanzierung der Betriebskosten zugesagt habe.

Es gehe um die Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte Minsk IBB e.V., antwortet **Minister Clement**. Träger dieses Vereins mit Sitz in Dortmund seien die drei Evangelischen Landeskirchen. Gegenstand des Unternehmens sei die Beschaf-

Hauptausschuß  
8. Sitzung

17.01.91  
sr-ma

fung von Mitteln für die Begegnungsstätte in Minsk. Das Stammkapital betrage 50 000 DM. Partner auf sowjetischer Seite sei das Internationale Jugendreisebüro Sputnik in Minsk. Der deutsche und der sowjetische Partner beabsichtigten, ein Gemeinschaftsunternehmen mit Sitz in Minsk zu gründen. Die geplante Dauer betrage 20 Jahre. Es handele sich nach der Gesetzgebung der Sowjetunion um eine juristische Person. Gegenstand seien der Bau und der Betrieb der internationalen Begegnungsstätte. Die Betriebskosten seien durch ein Joint-venture von IBB und Sputnik gesichert, so daß für das Land nur eine Beteiligung an den Investitionskosten für die Begegnungsstätte in Frage komme. Auch das Bundesministerium des Auswärtigen unterstütze dieses Projekt mit allem Nachdruck.

**Abgeordneter Hegemann (CDU)** erinnert daran, daß es einen Vertrag zwischen Nordrhein-Westfalen und der Russischen Föderation gebe. Ohne das oben behandelte Projekt in Frage stellen zu wollen, sollte man sich doch fragen, ob es sinnvoll sei, nunmehr ein Projekt in Weißrußland zu unterstützen, oder ob es nicht hilfreicher wäre, sich auf eine Republik der Sowjetunion zu konzentrieren.

Die von Abgeordneten Hegemann gestellte Frage habe sich auch die Landesregierung gestellt, bekundet **Minister Clement**. Er bitte aber zu bedenken, daß Minsk unter dem 2. Weltkrieg in besonderer Weise gelitten habe. Deshalb halte man eine Begegnungsstätte in dieser Stadt für besonders unterstützungswürdig.

**Abgeordneter Hellwig (SPD)** fragt, ob aus der **Titelgruppe 73 - Deutschlandprogramm der Landesregierung - anteilmäßig Personalkosten in den neuen Bundesländern** auch außerhalb von Brandenburg übernommen werden könnten.

Der Schwerpunkt der **Titelgruppe 73** liege in Sachausgaben, antwortet **Minister Clement**. Im übrigen meine er, daß man gut daran tue, sich mit seinen Verwaltungshilfen auf Brandenburg zu konzentrieren. Bekanntlich würden daneben in geringem Maße Personalmaßnahmen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern unterstützt. Darüber hinausgehende Maßnahmen könne er gegenwärtig nicht befürworten, weil er nicht wisse, wie das kapazitätsmäßig bewältigt werden solle.

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Der **Vorsitzende** merkt an, seine Heimatstadt Wuppertal sei schon vor der Wende eine Partnerschaft mit einer Stadt in Mecklenburg-Vorpommern eingegangen; damals seien Partnerschaften noch zugewiesen worden. Dort bestünden nun Ängste, daß man nicht mehr an der Unterstützung beteiligt werde. Sollte sich das bewahrheiten, hielte er das für ungerechtfertigt.

**Minister Clement** macht deutlich, seine Ausführungen hätten sich nicht auf die kommunalen Partnerschaften bezogen, die vom Innenminister gefördert würden. Seines Wissens werde diese Unterstützung fortgesetzt.

**Abgeordneter Dr. Klose (CDU)** weist darauf hin, daß die Konzentration auf Brandenburg ursprünglich von der CDU-Fraktion vorgeschlagen worden sei und daß sie es für gut halte, daß nunmehr entsprechend verfahren werde.

Bei **Titelgruppe 74 - Verbindungsbüro NRW in Berlin** - macht **Minister Clement** darauf aufmerksam, daß das Büro derzeit schwächer besetzt sei, als in der Titelgruppe vorgesehen. Man wolle auf die Entwicklung, die sich in bezug auf Bonn und Berlin ergebe, flexibel reagieren können, bis Klarheit bestehe.

Bei der Beratung der **Titelgruppe 80 - Filmstiftung Nordrhein-Westfalen GmbH** - bittet **Abgeordneter Büssow (SPD)**, zu dem in der Aktuellen Viertelstunde vereinbarten Gespräch auch die medienpolitischen Sprecher der Fraktionen einzuladen. - **Minister Clement** sagt dies zu.

## **Kapitel 02 030 - Europaangelegenheiten**

**Abgeordneter Büssow (SPD)** kündigt an, bei künftigen Haushaltsberatungen werde der Unterausschuß "Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit" dieses Kapitel beraten und dem Hauptausschuß ein Votum zuleiten.

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

**Kapitel 02 050 - Landeszentrale für politische Bildung**

**Abgeordneter Hellwig (SPD)** bezieht sich in seinem Beitrag insbesondere auf die **Titel 684 10 - Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Wolfgang-Döring-Stiftung, der Karl-Arnold-Stiftung, der Joseph-Hermann-Dufhues-Stiftung und einer weiteren Stiftung -, 684 20 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke der politischen Bildungsarbeit - und 684 30 - Zuschüsse für Einrichtungen der Weiterbildung in anderer Trägerschaft, die ausschließlich Lehrveranstaltungen für politische Bildung durchführen -**. Der Hauptausschuß habe wiederholt gefordert, die Entwicklung der Personal- und Sachkosten bei der politischen Bildung angemessen zu berücksichtigen, und zwar entweder durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel oder durch flexiblere Gestaltung des Gesetzes bzw. der Richtlinien derart, daß Qualität vor Quantität rangiere. Diese Forderung sei bis heute nicht umgesetzt worden. Der Landtag habe auf Initiative der SPD-Fraktion für den Haushalt 1990 gewisse Konsequenzen gezogen; allerdings habe dies nur einen Bruchteil dessen ausgemacht, was eigentlich geschehen müsse. Um nicht in bezug auf den Haushalt 1992 vor den gleichen Problemen zu stehen, bitte er die Landesregierung, sich darüber Gedanken zu machen.

Weiterhin bitte er um eine Darstellung der Gründe für die beachtliche Reduzierung des Ansatzes von Tit. 684 30. Er könne sich vorstellen, daß die Verringerung des Ansatzes zum Teil darin begründet sei, daß die Teilnehmerbeiträge inzwischen so hoch lägen, daß sich nur noch Gutverdienende an Veranstaltungen der politischen Bildung beteiligen könnten, und das sei keineswegs im Sinne des Gesetzes.

Zweifelhaft sei für ihn, ob die Bemerkung "Mehr durch Aufnahme einer weiteren politischen Stiftung ..." in den Erläuterungen zu Tit. 684 10 mit den Grundsätzen von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit zu vereinbaren sei.

Für widersinnig halte er schließlich die Formulierung "Mehr zum Ausgleich von Kostensteigerungen bei der Durchführung von politischen Bildungsmaßnahmen" in den Erläuterungen zu Tit. 684 20, und zwar vor dem Hintergrund der Tatsache, daß der Ansatz um 200 000 DM gekürzt worden sei, es sei denn, die Zahl der

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Veranstaltungen sei so zurückgegangen, daß die Kosten mit dem verbleibenden Rest gedeckt werden könnten.

**Abgeordnete Hieronymi (CDU)** schließt sich den Ausführungen ihres Vorredners an. Sie möchte wissen, welche Konsequenzen die Kürzungen im Bereich der politischen Bildung hätten.

**Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** interessiert, ob in den Titeln des zur Diskussion stehenden Kapitels alle Ausgaben für politische Stiftungen und politische Bildungsarbeit enthalten seien oder ob sich noch in anderen Bereichen des Landeshaushalts entsprechende Ansätze fänden, welche Stiftung in den Erläuterungen zu Titel 684 10 gemeint sei, in denen es "Mehr durch Aufnahme einer weiteren politischen Stiftung ..." heiße, und ob die Ansatzkürzungen der Titel 684 20 und 684 30 auch darauf zurückzuführen seien, daß unter den in der politischen Bildung Tätigen große Unsicherheit herrsche, was die Auslegung des Gesetzes im Zusammenhang mit der Freistellung für politische Bildungsveranstaltungen angehe.

Die von Abgeordneten Hellwig aufgegriffenen Friktionen hätten letztendlich ihre Ursache in dem hohen Niveau der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen, äußert der **Vorsitzende**. Da die politische Bildung sehr personalintensiv sei, bedürfe es bei den Haushaltsberatungen stets besonderer Anstrengungen, die Personalkostensteigerungen aufzufangen. Im September 1990 seien im Nachtragshaushalt 200 000 DM für politische Bildung in Kooperation mit brandenburgischen Trägern angesetzt worden. Dies könne nach seiner Auffassung 1991 nicht sang- und klanglos auslaufen, es sei denn, es könnte aus den Mitteln der Landeszentrale finanziert werden.

Leiter der Landeszentrale für politische Bildung **Dr. Wichert** legt dar, das nordrhein-westfälische Weiterbildungsgesetz beschäftige die in der Weiterbildung tätigen und geförderten hauptamtlichen Mitarbeiter nicht als Angestellte des Landes, sondern gebe einen subsidiären Personalkostenzuschuß. Im Gesetz seien keinerlei Dynamisierungsvorschriften für die Zuschüsse enthalten. Das sei auf eine politi-



Hauptausschuß  
8. Sitzung

17.01.91  
sr-ma

sche Entscheidung der Landesregierung und des Landtags zurückzuführen. Bisher habe es keine Initiative gegeben, eine Dynamisierungsklausel in bezug auf die Personalkosten in das Gesetz einzufügen.

Im vergangenen Jahr sei nach ausführlichen Berechnungen erstmals der Versuch gemacht worden, eine Anpassung des Personalkostenzuschusses an die gestiegenen Personalkosten vorzunehmen. Der vorliegende Haushaltsentwurf lasse dies wegen der gestiegenen Belastungen, die auf das Land zugekommen seien, nicht zu. Der Haushalt 1991 sei, so gesehen, ein technischer Abwicklungshaushalt des Haushaltsjahres 1989. Er sei nur um diejenigen Ansätze bereinigt worden, die im Jahre 1990 einmalig als zusätzliche Ausgaben eingefügt worden seien, ohne daß habe erkennbar sein sollen, daß sich diese Zuschüsse als laufende Zuschüsse in den kommenden Jahren fortsetzen würden. So seien die Zuschüsse in Tit. 684 20 für besondere Maßnahmen in Brandenburg zu einer Zeit vorgesehen worden, als die Rahmenvereinbarungen zu den deutsch-deutschen Beziehungen noch nicht so weit entwickelt gewesen seien, daß sämtliche finanziellen Folgelasten zwischen Bund und Ländern aufgeteilt worden seien. Nachdem diese Aufteilung vorläufig vorgenommen worden sei, sei der Länderanteil zur Finanzierung in Brandenburg festgelegt worden. Das Land wolle über diese festgelegten Anteile hinaus keine zusätzlichen Verpflichtungen übernehmen.

In Tit. 684 30 sei der Ansatz auf das durchschnittliche Ist-Ergebnis der vergangenen Jahre reduziert worden. Jede der 60 vom Land geförderten Einrichtungen habe einen festgelegten Rechtsanspruch auf Zuschüsse für Personalkosten und Projektmittel. Niemand aber könne diese Einrichtungen verpflichten, alle geplanten Veranstaltungen auch durchzuführen, so daß in jedem Jahr Haushaltsreste entstünden, die nicht abgerufen würden. Somit sei jährlich ein erhöhter Haushaltsansatz entsprechend der Rechtsverpflichtungen erforderlich, der aber praktisch nie in Anspruch genommen werde. Nunmehr erfolge eine Reduzierung in Anpassung an die tatsächlichen Kosten. Sollte der Fall eintreten, daß alle berechtigten Ansprüche auch ausgeführt würden, werde das Land diese Ansprüche selbstverständlich auch dotieren. Faktisch trete also keine Minderung für eine der geförderten Einrichtungen ein.

Aus Tit. 684 10 würden nach Übereinkunft der Fraktionen Stiftungen der im Landtag vertretenen Parteien gefördert. Wenn die seit der letzten Wahl im Landtag

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

vertretene vierte Partei Anspruch erheben sollte, müsse deren Stiftung wie die der anderen im Landtag vertretenen Parteien behandelt werden. Deshalb sei der Ansatz vorsorglich um 590 000 DM angehoben worden. Sollten die Mittel nicht in Anspruch genommen werden, verblieben sie beim Land.

Es sei richtig, daß die Teilnehmerbeiträge aufgrund der vom Land nicht kontinuierlich vorgenommenen Anpassungen an die Personalkostenentwicklung stets höher geworden seien und daß hierin ein ernstes Problem bei der Zusammensetzung des Teilnehmerkreises an Weiterbildungsveranstaltungen der politischen Bildung bestehe. Dies könne nur durch Bereitstellung zusätzlicher Mittel aufgefangen werden.

Das Land habe keinen Einfluß auf die Zusammensetzung der rechtlich anerkannten Träger und auf deren Finanzkraft. Allen Teilnehmern aus den neuen Bundesländern seien über die zusätzlich bereitgestellten Mittel die Fahrtkosten und die Teilnehmerbeiträge erstattet worden, soweit Anträge gestellt worden seien.

Die Reduzierung des Ansatzes von Tit. 684 30 sei nicht auf Streitigkeiten über die Auslegung des Arbeitnehmerweiterbildungsgesetzes zurückzuführen, die inzwischen dank des gefundenen Kompromisses bereinigt seien.

**Abgeordneter Hellwig (SPD)** stellt fest, die von ihm gestellten Fragen seien nicht beantwortet worden. Die Entwicklung der Personalkostensteigerungen sei des öfteren im Hauptausschuß und seinerzeit im Ausschuß für Jugend, Familie und politische Bildung problematisiert worden. Die Staatskanzlei habe zugesagt, einen Vorschlag zur Lösung des Problems zu unterbreiten, der allerdings bis heute nicht vorliege.

**Abgeordnete Höhn (GRÜNE)** erinnert daran, daß die zuletzt von ihr gestellte Frage nicht beantwortet worden sei.

Noch kürzlich habe man sich aus Anlaß der Ausstellung im Foyer des Landtags davon überzeugen können, wie groß die Vielfalt der Bildungswerke sei, die politische Bildung betrieben, führt **Abgeordneter Dr. Klose (CDU)** aus. In diesem

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Zusammenhang könne man sicherlich auf den Gedanken kommen, daß in dieser Hinsicht sehr viel mehr entstanden sei, als zur Bewältigung der Aufgabe notwendig. Aber das müsse man wohl in Kauf nehmen, wenn man bedenke, daß das Weiterbildungsgesetz davon ausgehe, die freien Träger zu begünstigen. Wie in anderen Bereichen auch sei hier das Problem zu beobachten, daß die Personalkosten über Jahre gestiegen seien, ohne daß die Zuwendungen daran angepaßt worden seien. Eine Anpassung sei nach dem Gesetz nicht möglich, und das sei auch so gewollt gewesen. In der Praxis aber müßten Konsequenzen gezogen werden. Wenn nun im vorliegenden Haushaltsentwurf sogar Ansatzkürzungen vorgesehen seien, könne man davon ausgehen, daß in absehbarer Zeit eine Reihe von Bildungswerken nicht mehr existenzfähig sei. Das aber würde den Intentionen, eine möglichst breite Bildungsarbeit zu ermöglichen, widersprechen.

Hinzu komme, daß sich die Situation für die Träger, die politische Bildungsarbeit auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik betrieben, geändert habe. Die Träger, die sich für die Einheit eingesetzt hätten, seien die ersten Opfer, obwohl auch in diesem Bereich nach wie vor sicherlich ein großer Bildungsbedarf vorhanden sei.

Aus den oben angeführten Gründen meine er, daß insbesondere über die Ansatzverminderungen in dem zur Diskussion stehenden Kapitel nachgedacht werden müsse. Vielleicht biete sich dazu ein interfraktionelles Gespräch an.

Aus dem Weiterbildungsgesetz gehe hervor, daß der jeweilige Durchschnitt der Personalkosten zur Grundlage der Zuschüsse zu machen sei, merkt der Vorsitzende an; das sei so etwas wie eine Dynamisierungsklausel. Begrüßenswerterweise habe dies bisher kein Träger eingeklagt.

**Abgeordneter Büssow (SPD)** begrüßt die Anregung des Abgeordneten Dr. Klose, sich zu Fragen der politischen Bildung zu einem interfraktionellen Gespräch zu treffen. Auf jeden Fall sollte dabei auch ein Vertreter der Staatskanzlei anwesend sein. Wer die politische Bildung über Jahre verfolge, wisse, daß einzelne Titel chronisch defizitär ausgestattet seien. Wenn einem die politische Bildung am Herzen liege, müsse sie liebevoller behandelt werden, als das in den letzten Jahren aufgrund der Haushaltszwänge geschehen sei.

Hauptausschuß  
8. Sitzung

17.01.91  
sr-ma

**Dr. Wichert bringt zum Ausdruck, daß es ihm leid tue, nur eine unbefriedigende Antwort geben zu können, aber die Haushaltsentwicklung dieses Jahres lasse eine Erhöhung des Ansatzes nicht zu. Da es sich nicht um Rechtsverpflichtungen im strengen Sinne handle, habe der Ansatz auch nicht gezwungenermaßen erhöht werden müssen.**

Aus den entsprechenden Ansätzen würden Brandenburger wie Landeskinder behandelt: bei Publikationen, audiovisuellen Medien, Beteiligung an Veranstaltungen und - soweit aus Tit. 684 20 noch nicht durch Zuschußpraxis festgelegte Usancen entstanden seien - sich neu bildenden Trägern. Erforderlich für eine gewisse Beweglichkeit in diesem Zusammenhang sei, daß die Landeskinderklausel in § 10 des Haushaltsgesetzes dahin gehend geändert werde, daß Brandenburger als Landeskinder zu behandeln seien und nicht an jeder Weiterbildungsveranstaltung zur Hälfte Nordrhein-Westfalen beteiligt sein müssen.

Es sei richtig, daß diejenigen Bildungseinrichtungen, die vorwiegend deutschlandpolitische Bildungsarbeit betrieben hätten, jetzt vor der Schwierigkeit stünden, daß sich ihre Zielsetzung verändern müsse und daß ein Teil der Projektmittel, die sie bisher aus dem Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen erhalten hätten, wegfallen. Demnach kämen viele Träger in noch größere finanzielle Schwierigkeiten als bisher, die wie die anderen aufgezeigten Aspekte sicherlich interfraktionelle Überlegungen notwendig machten. Für die Staatskanzlei sage er dafür jede mögliche Unterstützung zu.

Soweit Stiftungen Fördermittel für die politische Bildung erhielten, sei die Zahl der hier aufgeführten abschließend. Ob im übrigen Haushalt Stiftungen auf indirekte oder sonstige Weise noch bedacht würden, entziehe sich seiner Kenntnis.

Der Satz "Mehr zum Ausgleich von Kostensteigerungen bei der Durchführung von Bildungsmaßnahmen" enthalte in der Tat einen Formulierungsfehler.

**Abgeordnete Hieronymi (CDU) fragt, ob aus der Ausweitung des Teilnehmerkreises durch die Behandlung der Brandenburger wie Landeskinder nicht folge, daß sich, wenn die Mittel nicht erhöht würden, die Möglichkeiten der Inanspruchnahme der politischen Weiterbildung durch Nordrhein-Westfalen reduzierten.**

Hauptausschuß

17.01.91

8. Sitzung

sr-ma

Dr. Wichert erläutert, es gebe kaum über Jahre gleiche Schwerpunktthemen der politischen Bildung. Die Aufmerksamkeiten für politische Themen wechselten. Durch die Nachfrage im Hinblick auf das Thema der deutschen Vereinigung und ihre Folgen etwa würden andere Themen zurückgedrängt. Wenn er das aber an den Publikationen, die die Landeszentrale zur Verfügung stelle, hochrechne, komme er zu dem Ergebnis, daß bei einer ähnlichen Nachfrage von Brandenburger Bürgern, Mittelern der politischen Bildung usw. mit einem proportional zur Einwohnerzahl Nordrhein-Westfalens liegenden Anteil, also rund 20 % - möglicherweise auch mehr -, gerechnet werden müsse.

Wenn Dr. Wichert argumentiere, die Haushaltsentwicklung dieses Jahres lasse eine Erhöhung nicht zu, mache er es sich zu einfach, äußert Abgeordneter Hellwig (SPD). Er habe in den letzten Jahren wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß man der Entwicklung Rechnung tragen müsse, indem den Trägern je nach ihren finanziellen Möglichkeiten eine größere Flexibilität ermöglicht werden müsse. Jeder wisse, daß die Personalkosten der einzelnen Träger heute eher bei 80 000 DM als bei 40 000 DM lägen, wie vor Inkrafttreten des Weiterbildungsgesetzes angenommen worden sei. Deshalb erwarte er, daß die Landeszentrale und die Staatskanzlei Vorschläge entwickelten, die verhinderten, daß die Pluralität der Träger der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen in einer Weise zerstört werde, die nur solchen Trägern ein Überleben ermögliche, die bestimmten Sponsoren naheständen, und daß nur noch bestimmte Bevölkerungskreise in der Lage seien, an Veranstaltungen der politischen Bildung teilzunehmen. Er bitte den Hauptausschuß in einer Vorlage die Ursachen für die Reduzierungen zu erläutern.

Bekanntlich sei der Spielraum bei dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf recht gering, gibt Abgeordneter Büssow (SPD) zu bedenken. Gleichwohl sei nicht von der Hand zu weisen, daß eine Strukturverbesserung für die politische Bildung seit Jahren thematisiert werde. Insofern habe sich die Staatskanzlei bei den Finanzpolitikern offensichtlich nicht durchsetzen können. Wenn dies nicht gelungen sei, müsse der für die politische Bildung zuständige Hauptausschuß Wege aus der Not finden. Es wäre zu begrüßen, wenn dies bereits für den vorliegenden Haushalts-

plan gelänge. Auf jeden Fall aber müßten die Bemühungen auf den Haushalt 1992 gerichtet sein.

**Dr. Wichert** weist darauf hin, daß die Landesregierung insofern tätig geworden sei, als sie im Bewußtsein der Steigerung der Personalkosten im Hinblick auf den Tit. 684 20, der ursprünglich eine reine Projektförderung vorgesehen habe, dazu übergegangen sei, die nach dem WbG schon erhaltenen Zuschüsse auf 90 % aufzustocken, mit der Folge, daß die für besondere Projekte disponiblen Mittel immer mehr zusammengeschrumpft seien und in dem genannten Titel so gut wie kein Spielraum zum Aufgreifen neuer Entwicklungen vorhanden sei.

#### **Kapitel 02 060 - Wissenschaftszentrum Nordrhein-Westfalen**

**Abgeordnete Hieronymi (CDU)** bemerkt, hierzu liege ein umfangreicher schriftlicher Bericht vor, der noch nicht habe durchgearbeitet werden können. Deshalb sollte man sich mit diesem Kapitel in der nächsten Sitzung beschäftigen.

#### **c) Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten**

##### **Personalhaushalt**

Keine Anmerkungen.

##### **Sachhaushalt**

Im Zusammenhang mit der Beratung des Tit. 712 00 - Um- und Erweiterungsbau der Landesvertretung - 2. Baurate - bittet **Abgeordnete Hieronymi (CDU)** um Auskunft, inwieweit es hierbei um die Landesvertretung selbst und inwieweit um

den "Schaumburger Hof" als für die Landesvertretung vorgesehenes Gästehaus gehe, wieweit die Vertragsverhandlungen zum Erwerb des "Schaumburger Hofes" und wieweit diejenigen mit der WestLB zur Nutzung des Gebäudes, auch was die Einbeziehung der Öffentlichkeit angehe, gediehen seien und wie der Stand der Überlegungen in bezug auf Baumaßnahmen am "Schaumburger Hof" und an der Landesvertretung selbst sei.

**Ministerialdirigent Weber (Ministerium für Bundesangelegenheiten)** berichtet, die Verhandlungen zum Erwerb des "Schaumburger Hofes" würden zwischen der Westdeutschen Landesbank und dem Finanzministerium geführt. Sie sollten in dieser Woche abgeschlossen werden; es entziehe sich seiner Kenntnis, ob dies auch der Fall sei. Auf jeden Fall seien Bemühungen erkennbar, den Kauf so schnell wie möglich zu tätigen.

Der "Schaumburger Hof" solle keine Landesvertretung im Sinne eines Verwaltungsgebäudes sein, sondern als Tagungs- und Gästezentrums der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und der Landesregierung Brandenburg dienen.

Ob die Öffentlichkeit Zugang haben solle, werde vom Innenministerium insbesondere im Zusammenhang mit zu gewährleistenden Sicherheitsstandards geprüft werden müssen, wenn der Mietvertrag unterschrieben sei.

Er könne die Zusage geben, daß die Kosten der Baumaßnahmen in der Landesvertretung und am "Schaumburger Hof" 42 Millionen DM, wie im letzten Jahr bereits angekündigt, nicht überstiegen. Es sei noch nicht entschieden, in welchem - jetzt geringerem Ausmaß - eine Umgestaltung der Landesvertretung selbst erfolgen solle.